



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

Ohne Freiwilligkeit gibt's kein Vertrauen in die Contact-Tracing-App (Gastkommentar)

Büchler, Andrea ; Strub, Jean-Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-187444>
Newspaper Article

Originally published at:
Büchler, Andrea; Strub, Jean-Daniel. Ohne Freiwilligkeit gibt's kein Vertrauen in die Contact-Tracing-App (Gastkommentar). In: Neue Zürcher Zeitung, 5 May 2020, 8.



Man muss sich auch gegen die Rückverfolgung von Kontakten entscheiden können. ANNICK RAMP / NZZ

Ohne Freiwilligkeit gibt's kein Vertrauen in die Contact-Tracing-App

Ethisch wie politisch scheint weitgehend unbestritten, dass die Nutzung der Contact-Tracing-App freiwillig sein muss. Dies zu gewährleisten, ist jedoch alles andere als trivial.
Gastkommentar von Andrea Büchler und Jean-Daniel Strub

Schon ab dem 11. Mai soll auf Smartphones in der Schweiz eine App zur Rückverfolgung von Kontakten installiert werden können. Rechtliche Bedenken betreffen in erster Linie den Schutz der Privatsphäre, technisch wird etwa die Ungenauigkeit oder die eingeschränkte Nutzbarkeit des Bluetooth-Standards moniert, der in der Schweizer App zur Anwendung kommen soll. Aus ethischer Sicht zentral ist in der gegenwärtigen Debatte die Frage der Freiwilligkeit.

Zwar böte das Epidemien-gesetz durchaus eine rechtliche Grundlage – oder es liesse sich eine schaffen –, um das digitale Contact-Tracing verpflichtend einzuführen. Dass die Nutzung der App sowohl aus ethischen Gründen als auch aus Gründen der Praktikabilität freiwillig sein muss, ist jedoch zu Recht weitherum Konsens. Gemäss dem Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung obliegt es dem Individuum, zu entscheiden, wofür seine Daten genutzt werden dürfen. Nur die Freiwilligkeit der Nutzung ist mit diesem Prinzip und mit einem eigenverantwortlichen Ansatz vereinbar. Eine zwangsweise verordnete Nutzung ist darüber hinaus schwer umsetzbar und stellt gerade auch mit Blick auf die mit einer effektiven Durchsetzung verbundenen Kontrollen einen unverhältnismässigen Eingriff in unsere Selbstbestimmung in gesundheitlichen Belangen dar.

Entsprechend hat etwa die Nationale Ethikkommission im Bereich Humanmedizin in einer Stellungnahme den Grundsatz der Freiwilligkeit unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismässigkeit als zwingend hervorgehoben. Wie weit der Konsens mit Blick auf die Freiwilligkeit reicht, zeigen aber auch eine kürzlich eingereichte Motion der Staatspolitischen Kommission oder die vorläufigen Resultate einer szenarienbasierten öffentlichen Umfrage des Ethiklabors «ethix», aus denen hervorgeht, dass die Freiwilligkeit der Nutzung auch für die breite Bevölkerung ein wichtiges Element der ethischen Annehmbarkeit der Technologie darstellt.

Doch Freiwilligkeit ist ein anspruchsvolles Konzept. So setzt sie eine umfassende und verständliche Information voraus: Potenzielle Nutzerinnen und Nutzer müssen sich über den Zweck, die Funktion, die Grenzen und die Risiken der Technologie informieren und diese Information gegenüber den Zumutungen und Einschränkungen, mit denen sie heute konfrontiert sind, abwägen können. Weil das digitale Contact-Tracing aber nicht nur die Nutzenden selbst, sondern als Public-Health-Massnahme die Gemeinschaft als Ganzes schützen soll, ist das Konzept der Freiwilligkeit für die Behörden umso anspruchsvoller. Denn Freiwilligkeit zu gewährleisten, heisst unter anderem, keinen Druck im Hinblick auf eine Nutzung der App auszuüben.

Deshalb ist die Art und Weise, wie vonseiten der Behörden bezüglich des digitalen Contact-Tracing kommuniziert wird, eine nicht zu unterschätzende ethische Herausforderung, zumal dieses nur dann einen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie leisten kann, wenn ein grosser Teil der Bevölkerung die Technologie nutzt. So läge es für die Behörden in einer Zeit der wirksamen Appelle an die Solidarität («Bleiben Sie zu Hause») nahe, die Installation

Freiwilligkeit zu gewährleisten, heisst unter anderem, keinen Druck im Hinblick auf eine Nutzung der App auszuüben.

der App nicht nur zu empfehlen, sondern auch als solidarischen Akt zu bezeichnen. Allerdings ist der Grat, den beschreitet, wer vom Nutzen der Technologie überzeugen, aber die Freiwilligkeit der Anwendung garantieren will, schmal – und ein Konformitätsdruck entsteht oft unbesehen.

Im vorliegenden Kontext konkretisiert sich Freiwilligkeit auch darin, dass es Alternativen zur Teilnahme am digitalen Contact-Tracing gibt. So muss es möglich sein, sich auch gegen die Nutzung der Technologie zu entscheiden, ohne Nachteile gewärtigen zu müssen. Deshalb gehört zu den Alternativen auch ein funktionierendes persönliches Contact-Tracing, das jenen, die digitales Contact-Tracing ablehnen oder nicht nutzen können, gleichwohl zugutekommen kann. Freiwilligkeit heisst sodann auch, dass die Ausübung anderer Freiheitsrechte nicht von der Nutzung abhängig gemacht wird – wer den Zutritt zum öffentlichen Grund oder den Zugang zum Arbeitsplatz an die Installation der App knüpft, übt eine Form von Druck auf die freie Entscheidungsfindung aus, die mit der Forderung nach Freiwilligkeit kollidiert. Im Widerspruch zur Freiwilligkeit stünde es auch, die Bereitschaft zur Teilnahme am Contact-Tracing beispielsweise mit kostenlosen Schutzmasken oder einem frühen Zugang zur allfälligen Impfung zu belohnen.

Soll das digitale Contact-Tracing in der gegenwärtigen Situation Nutzen stiften, so muss es möglich sein, jenes Vertrauen in die App zu entwickeln, das in einem so sensiblen Bereich notwendig ist. Hierfür ist Freiwilligkeit eine zwingende Voraussetzung. Wichtig ist unter dem ethisch zentralen Gesichtspunkt des Vertrauens aber auch, dass transparent über die Einbettung der Massnahme in die allgemeine Strategie informiert und klar vermittelt wird, wann und unter welchen Bedingungen ihr Einsatz wieder beendet wird.

Andrea Büchler ist Rechtsprofessorin an der Universität Zürich und Präsidentin der Nationalen Ethikkommission; Jean-Daniel Strub ist Mitgründer und Co-Geschäftsführer von ethix, Lab für Innovationsethik, in Zürich.

Am Ende soll Hongkong so sein wie jede andere Stadt in China: unter der vollen Kontrolle der Kommunistischen Partei. Seit der Rückgabe der ehemaligen Kronkolonie an die Volksrepublik ist Peking die Autonomie der Handelsmetropole ein Dorn im Auge. Zwar hat China bindende Verträge unterzeichnet, in denen es verspricht, bis zum Jahr 2047 die Eigenständigkeit der Stadt nicht anzutasten. Interessiert hat das die Nomenklatura aber nur wenig. Als unlängst zwölf Vertreter eines autonomen Hongkong von der Polizei für ihre Teilnahme an Demonstrationen im letzten Sommer verhaftet wurden, liess ein Sprecher des Aussenministeriums verlauten, dass am Ende China das Sagen habe und Hongkongs Status relativ sei.

Mit diesen jüngsten Einschüchterungsversuchen möchte Peking ein Fiasko in den anstehenden Wahlen des Stadtparlament Hongkongs verhindern. Bei den Regionalwahlen im vergangenen November gewann das demokratische Lager 17 der 18 Distrikte, ein Schlag ins Gesicht Pekings. Die Bewohner der Stadt gaben Präsident Xi Jinping und seiner Statthalterin Carrie Lam die Quittung für den Versuch, mit einem sogenannten Auslieferungsgesetz die juristische Eigenständigkeit Hongkongs auszuhebeln. Rund 2 der 7,5 Millionen Einwohner der Stadt gingen bei der grössten Demonstration gegen dieses Auslieferungsgesetz auf die Strasse. Nach monatelangem Lavieren knickte Carrie Lam ein, ein herber Gesichtsvverlust.

Bereits 2003, wenige Jahre nach der Übergabe, kam es zu Demonstrationen in der Hafenstadt: Ein «Sicherheitsgesetz» sollte es ermöglichen, Dissidenten für Verschwörung oder Verrat ins Gefängnis zu schicken. Hunderttausende gingen auf die Strasse, sie trugen schwarze T-Shirts und Schirme, um sich gegen die Juli-Sonne zu schützen. Auch 2014 kam es zu Protesten, bei denen Schirme eine Rolle spielten: Um sich vor dem Tränengas der Polizei zu schützen, spannten die Hongkonger ihre Schirme auf – die Regenschirm-Bewegung war geboren.

Fällt Hongkong, wächst Chinas Appetit auf Taiwan

China verfolgt derzeit eine globale Expansionspolitik mit dem Ziel, Gegner wirtschaftlich abhängig und mundtot zu machen. An Hongkongs Geschick entscheidet sich möglicherweise jenes der freien Welt. Gastkommentar von Alexander Görlach

Die Volksrepublik hatte ursprünglich zugesagt, ab dem Jahr 2007 demokratische Wahlen zu gewähren. Doch daraus wurde nie etwas. Vielmehr verlangte Peking, dass jeder potenzielle Kandidat für die Wahl vorher von der Kommunistischen Partei geprüft und zugelassen werden müsse. Das brachte Hunderttausende auf die Strasse. Auch für die Wahlen in diesem Jahr wird erwartet, dass Peking alles daransetzen wird, ihm unliebsame Kandidaten mundtot zu machen und ihre Wahl zu verhindern.

China hatte sich eigentlich verpflichtet, Hongkongs Eigenständigkeit nicht anzutasten, das Basic Law hob das hervor. Doch einmal mehr zeigt das

traurige Beispiel der einstmals stolzen Metropole, dass unter der Kommunistischen Partei, besonders unter ihrem gegenwärtigen Generalsekretär Xi Jinping, keine Abweichung von der von ihm gesetzten Norm toleriert werden wird. Xi hat den Öffnungskurs seiner Vorgänger radikal beendet und den Demokratien in Hongkong und Taiwan den Kampf angesagt. Peking betrachtet die Insel als sein Territorium, de facto aber ist Taiwan ein eigener Staat mit eigener Regierung, Aussenbeziehungen, Pass, Währung und Militär. Für beide, Hongkong und Taiwan, hatte der Reformator Deng Xiaoping die Formel «Ein Land, zwei Systeme»

geprägt, mit der für eine Wiedervereinigung mit der Volksrepublik geworben werden sollte. Aber an beiden Orten hat sich dieses «Ein Land, zwei Systeme» erledigt. Zuletzt funktionierte Xi Jinping diese Formel sogar zu einem Schlachtruf um, als er in Richtung Taiwan drohte, die Insel notfalls militärisch zu annektieren. An der Peripherie Chinas wird sichtbar, dass sich die Menschen dort, wo sie zwischen Demokratie und Autoritarismus die Wahl haben, für die Demokratie entscheiden. Allen freien demokratischen Ländern, die mit Hongkong und Taiwan befreundet sind, muss das ein Auftrag sein, die beiden in ihrem Kampf gegen die Volksrepublik zu unterstützen.

Dies gilt umso mehr, als mittlerweile offen zutage getreten ist, dass China eine globale Expansionspolitik verfolgt mit dem Ziel, Gegner wirtschaftlich abhängig und in Konsequenz mundtot machen zu können, wenn es ihm beliebt. Gleichzeitig verfolgt Xi Jinping die Strategie, die Volksrepublik zum Hegemonen Asiens zu machen. Sein Verhalten in Hongkong und Taiwan, aber auch in Tibet und der von muslimischen Uiguren bewohnten Provinz Xinjiang lässt keinen Zweifel daran, dass er von einer Dominanz der Han-Ethnie träumt, die damit einhergeht, dass andere Kulturen ausgemerzt werden. Gegenüber den Uiguren, so geht aus Papieren hervor, die an die «New York Times» geleakt wurden, sollten Pekings Schergen «keine Gnade» walten lassen. An Hongkongs Geschick entscheidet sich daher jenes der freien Welt. Fällt Hongkong, wird Chinas Appetit auf Taiwan grösser. Fallen diese beiden demokratischen Bastionen, käme Herr Xi seinem Traum von der globalen Supermacht China gefährlich nah. Niemand in der freien Welt kann das wollen.

Alexander Görlach ist Senior Fellow am Carnegie Council for Ethics in International Affairs in New York. Im Herbst erscheint sein Buch «Brennpunkt Hongkong. Warum sich in China die Zukunft der freien Welt entscheidet».